

In den Medien ist man sich einig: Die FDP ist wieder da. Nachdem sie 2013 zum ersten Mal nicht in den Bundestag gewählt wurde, sehen Umfragen sie wieder stabil über 5 Prozent. Mehr noch: Sie wird freundlich begrüßt. Alle etablierten Parteien – außer der LINKEN – sind bereit, mit der FDP eine Regierung zu bilden. Die Chancen dafür stehen nicht schlecht. Ihr neues Image hilft: Unter dem Motto »Denken wir neu« hatte der Vorsitzende Christian Lindner seiner Partei nach der Schlappe 2013 eine Modernisierung verordnet. Entsprechend ist die aktuelle Kampagne ganz auf unverfängliche »Zukunftsthemen« wie Bildung, Bürgerrechte und Digitalisierung zugeschnitten. Ein zweiter Blick macht klar: Neu ist an dieser FDP wenig. Im Gegenteil. **Hinter dem schicken Layout verbirgt sich der alte Neoliberalismus** – mit einer schweren autoritären Schlagseite. Dagegen braucht es eine starke Stimme für soziale Gerechtigkeit.

Hinter den Kulissen: Freiheit nur für Reiche

Das zeigt ein Blick in die Länder. Die neuen Landesregierungen mit FDP-Beteiligung in Schleswig-Holstein und NRW haben sofort begonnen, eine ganze Reihe sozialer Grausamkeiten umzusetzen: Sie schaffen in NRW die Mietpreisbremse samt der Mieterschutzfristen ab. Subventionen sollen umgeschichtet werden: mehr Förderung von Wohnungsbau und Wohneigentum. Davon hat die Klientel der FDP auch mehr. Den Landesmindestlohn will die FDP **abschaffen** und das Tariftreuegesetz **aufweichen**. Regelungen zu täglichen Höchstarbeitszeiten und verbindlichen Ruhephasen sollen ebenfalls rausfliegen. Öffentliche Investitionen werden über Publik-Private-Partnerships (PPPs) in private Taschen gelenkt.

Auch in ihrem Bundestagswahlprogramm verspricht die FDP vor allem eins: Geschenke für Reiche. Die Schwelle für den Spitzensteuersatz soll nach oben verschoben werden. Für Steuern und Beiträge zusammen will sie eine Obergrenze von 50 Prozent des Einkommens festlegen. Beide Maßnahmen würden **deutliche Steuer-senkungen für Spitzenverdiener** bedeuten. Die FDP will »mehr Wettbewerb unter den Krankenkassen«. Die **2-Klassen-**

Die neoliberale Politik der FDP – und ihre Pläne für den Bund

Nicht schon wieder

Medizin würde damit vertieft. Auch bei der Bildung soll es mehr Wettbewerb geben: Statt in gut ausgestattete öffentliche Schulen zu investieren, will die FDP **Bildungsgutscheine** ausgeben. Davon profitieren vor allem Privatschulen. Bei den Bildungsinhalten soll es nur noch Vergleichstests geben, um den Wettbewerb anzuheizen. Das entspricht den Plänen von Trump in den USA. Die FDP will zudem die gesetzlichen Regelungen zur **Leiharbeit** (Überlassungsdauer und Lohn von Leiharbeitern) rückgängig machen. Leiharbeiter würden so der Willkür ihrer Chefs ausgesetzt. Aus der Finanzkrise hat sie ebenso wenig gelernt: Die FDP zielt darauf, mehr Geld in privaten Händen zu konzentrieren, eine **Finanztransaktionssteuer** lehnt sie ab – und die **private Altersvorsorge** soll gestärkt werden – ausgerechnet indem Finanzinvestoren einfache Anlagemöglichkeiten eröffnet werden. Das bedeutet: Mehr Geld, das in Spekulation gesteckt wird, das in die Finanzmärkte fließt. Dafür soll sogar wieder öffentliches Eigentum privatisiert werden – auch die Deutsche Bahn soll an die Börse.

AfD für Yuppies

In der Flüchtlingspolitik ist die FDP kaum noch von den Rechtspopulisten zu unterscheiden: Sie will abgelehnte Asylbewerber **schneller abschieben**, die Grenzen mit »modernsten Überwachungsmitteln« abschotten und sie ganz schließen, wenn viele Menschen auf einmal flüchten. Lindner hat sogar erklärt, dass alle Flüchtlinge wieder zurück nach Syrien sollen. Zwar will die FDP auch ein Einwanderungsgesetz – das soll aber nur dazu dienen, Begabte und Spitzenkräfte auswählen zu können. Weltoffenheit ist für die FDP ohnehin vor allem eine Frage des Kontostandes: Für Ausländer aus Nicht-EU-Staaten soll es in NRW nun Studiengebühren von 1500 Euro pro Semester geben.

Auch beim früheren FDP-Kernthema **Grundrechte sieht es düster aus.**

Gerade erst hat die NRW-Landesregierung beschlossen, die Kennzeichnungspflicht für Polizisten ersatzlos abzuschaffen – das erschwert die Ahndung von Übergriffen. Zu den Geheimdiensten gibt es kein kritisches Wort, für »Gefährder« soll es

Lobbyverein für Banken und Konzerne

Die Vorfreude auf diese Politik ist dem Kapital schon anzumerken. In der Hoffnung auf eine Regierungsbeteiligung der FDP investiert es Rekordsummen. Mehr als 1,9 Millionen Euro hat die Regierungspartei CDU in diesem Jahr an Spenden eingenommen, auf mehr als 1,5 Millionen Euro kommt bereits die FDP – obwohl sie gar nicht im Bundestag ist. Alleine im Juli nahm die Lindner-Truppe mehr als 595.000 Euro ein. Von sechs Großspenden gingen fünf an die FDP. Zum Vergleich: SPD und Grüne erhielten bis Ende Juli je 100.000 Euro, nur DIE LINKE nimmt keine Unternehmensspenden. Wohin das führt, hat sich 2009 bei der letzten FDP-Regierung gezeigt: Massive Kritik zog die Senkung der Umsatzsteuer für Hoteliers (»Mövenpick-Gesetz«) damals selbst in konservativen Kreisen auf sich, von »reiner Klientelpolitik« war die Rede. Im Gegenzug wurden damals übrigens Kürzungen von 80 Milliarden Euro beschlossen – der größte Posten der Kürzungen, rund ein Drittel, betraf den Sozialetat.

hingegen elektronische Fußfesseln geben. Staatliche Investitionen will die FDP überhaupt vor allem für Polizei und Militär. Bei »Verstößen« gegen die Schuldenbremse fordert die FDP hingegen Klagemöglichkeiten, demokratische Gestaltung wird so eingeschränkt.

Das zeigt: Bürgerrechte sind für die FDP nur dann Thema, wenn sie Wohlhabende betreffen. Für alle anderen gibt es Law-and-Order. SPD und Grüne sollten sich genau überlegen, ob sie mit dieser Partei wirklich koalieren wollen.

Mehr Informationen unter:
www.die-linke.de
kontakt@die-linke.de

DIE LINKE.